

AUSGABE VOM 08. SEPTEMBER 2023

Rhein-Herne-Kanal: Hilft der Bund bei der Bladenhorster Bücke?

Die alte Brücke in Castrop-Rauxel über dem Rhein-Herne-Kanal muss abgerissen und neu gebaut werden. Über die Details streiten die Behörden. Der CDU-Abgeordnete Michael Breilmann hat nachgefragt: „Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen der Stadt Castrop-Rauxel, die, im Zuge der Verbreiterung des Rhein-Herne-Kanals als Teilstrecke des Dortmund-Ems-Kanals, dort neu zu bauende Kanalbrücke (Bladenhorster Brücke) in geeigneter Form auch mit einem Rad- und Fußweg zu versehen und in welcher Weise kann und wird die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes in Form des zuständigen Wasserstraßen-Neubauamtes Datteln den Wunsch bei den Planungen auch unter Berücksichtigung des begrenzten kommunalen finanziellen Spielraums unterstützen?“, so seine schriftliche Frage am Donnerstag an die Bundesregierung, die innerhalb einer Woche beantwortet werden muss.

Heftige Kritik am Bau-Etat 2024: Breilmann fordert „Bau-Gipfel“

Insgesamt sieht der Etatentwurf für 2024 des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Ausgaben in Höhe von 6,96 Milliarden Euro vor, in diesem Jahr waren es noch 7,33 Milliarden Euro. In der Haushaltsdebatte um den Einzelplan 25 des Etats der Bundesregierung erntete SPD-Bauministerin Geywitz am Dienstag daher heftige Kritik, auch von Seiten ihrer Koalitionspartner. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann übte in seinem Debattenbeitrag massive Kritik: „Ich hätte bei der jetzigen Lage, der schwersten Baukrise, die wir seit vielen Jahren haben, bei den Haushaltsberatungen, aber auch bei dieser Rede mehr Zusätze durch die Bauministerin erwartet“.



„Politik der allgemeinen Verunsicherung“: Die Ampel-Regierung werde ihre baupolitischen Ziele mit dieser Politik ganz klar verfehlen, so CDU-MdB Breilmann in seiner [Rede](#) zum Bundeshaushalt am Dienstag im Bundestag. (Foto: Privat)

Bei der Ankurbelung des Wohnungsneubaus komme nichts, die Wohnungsbauziele der Ampel seien krachend gescheitert.

Er rechnete in der Debatte der Ampel-Regierung vor, dass in diesem Jahr 27 Prozent weniger Baugenehmigungen erteilt worden seien als 2022, bei den Einfamilienhäusern habe das Minus sogar 40 Prozent betragen. Es werde nicht nur zu wenig, sondern auch zu teuer gebaut. 37 Prozent der Baukosten fielen für Steuern an. Breilmann forderte einen Baugipfel, an dem der Bundeskanzler, der Bundesfinanzminister, der Wirtschaftsminister und die Bauministerin teilnehmen sollen. „Wir brauchen beim Thema Bau Politik aus einem Guss“, so das Mitglied im Bundestagsbauausschuss und kritisierte die Forderung der SPD-Fraktion nach einem

bundesweiten Mietenstopp. „In der schwersten Bau- und Wohnungskrise das Vermieten nicht attraktiver, sondern noch unattraktiver zu machen, darauf kann nur die SPD kommen!“ Der Unions-Politiker sprach sich für realistische energetische Vorgaben aus: „Die geplante Verschärfung des energetischen Gebäudestandards auf EH40 wird die aktuelle Situation nur verschlimmern. Deswegen: Einigen Sie sich in der Koalition, dass das sich ändert!“ Die Vielzahl von Bauvorschriften müsse radikal entschlackt werden und die Bauwirtschaft benötige einen starken Impuls und klare Perspektiven.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Innenausschuss bestellte diese Woche die Innenministerin gleich zweimal ein, um sie zu Vorfällen rund um die Absetzung des Ex-Chefs des Bundesamts für



Sicherheit in der Informationstechnik, Arne Schönbohm, zu befragen - und Nancy Faeser kommt einfach nicht. Ließ sie sich in der ersten Sitzung noch aus "medizinischen Gründen" entschuldigen, wird das politische Schmierentheater bei der zweiten Einladung offenkundig - schließlich nimmt die SPD-Politikerin den restlichen Tag hinweg zahlreiche Termine wahr. Ihre Verweigerung, zur Aufarbeitung des komplizierten Falls Schönbohm beizutragen, ist, man muss es so deutlich sagen, schlichtweg respektlos gegenüber dem Parlament - und damit gegenüber den Wählern. In Berlin Ministerin, in Wiesbaden SPD-Wahlkämpferin: Das kann nicht gut gehen und geht auch nicht gut. Faeser hatte reichlich Gelegenheit, Rede und Antwort zu stehen. Sie ließ alle Chance mutwillig verstreichen. Nancy Faeser muss sich erklären. Dazu gehört auch, drängende Fragen zu beantworten, und nicht nur ohne Rückfragemöglichkeit zum Gegenangriff überzugehen, wie am Donnerstag bei ihrer Haushaltsrede. Ob sie unseren Nachrichtendienst gegen Schönbohm instrumentalisiert hat - darauf bleibt sie weiter eine eindeutige Antwort schuldig. Sie darf sich nicht weiter wegducken.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Innen-Etat: Sicherheitslage verlangt Änderungen

Der Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung über den Etatentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat beraten. Der Innen-Etat soll trotz steigender Herausforderungen gegenüber dem Vorjahr sinken. „Geld macht eine Demokratie wehrhaft. Deswegen wäre es auch schön gewesen, wenn sich das in diesem Haushalt abgebildet hätte“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. Mit Sorge sehe er die geplanten Kürzungen im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes. Der Haushaltsentwurf enthalte laut Breilmann zudem keinerlei Antwort auf die sich immer weiter ausdehnende Migrationskrise: „Das ist eine der größten Krisen unserer Zeit, und die Regierung ignoriert diese Frage, die insbesondere unsere Städte und Kommunen so bedrängt“, so das Innenausschussmitglied. „Der Finanzminister hat gesagt, dass er für den Haushalt 2024 das Vorkrisenjahr 2019 als Referenz sieht. Der Anteil der inneren Sicherheit am Gesamthaushalt ist in diesem Entwurf für 2024 jedoch kleiner als 2019, und das trotz der ganzen Krisen. Das wird der Sicherheitslage überhaupt nicht gerecht. Das werden wir ändern.“

Berufliches Gymnasium Bottrop besucht Bundestag



In der Haushaltswoche durfte der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann am Donnerstag eine Schülergruppe vom Beruflichen Gymnasium Bottrop im Bundestag begrüßen. Die Schülerinnen und Schüler belegen einen Differenzierungskurs mit dem Schwerpunkt Radio. In diesem Rahmen führten sie ein Interview mit dem CDU-Politiker und stellten fundierte Fragen zur Bau- und Innenpolitik, sowie dem politischen Werdegang des Abgeordneten aus Castrop-Rauxel. Das gesamte Interview wird Ende September vom Radiosender Emscher-Lippe ausgestrahlt und wird anschließend auch über die Internetseite von nrwision abrufbar sein. „Ich bin begeistert über diese Initiative. Herzlichen Dank allen engagierten Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften für ihren Besuch und das spannende Interview!“, so Breilmann. (Bild: privat)

Jüdisches Leben in Deutschland sichtbarer machen



In der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause begrüßte am Mittwoch CDU-MdB Michael Breilmann in seinem Büro den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer (Bild Mitte), zu einem Meinungsaustausch. Zusammen mit Andrei Kovacs, dem Geschäftsführer des Vereins „Jüdisches Leben in Europa“, tauschten sie sich intensiv über aktuelles jüdisches Leben in Deutschland aus. „Vielen Dank für Ihren großartigen Einsatz! Es ist deutlich geworden, dass wir jüdisches Leben sichtbarer machen müssen. Antisemitische Vorfälle treten wieder vermehrt auf und diesen müssen wir uns als Gesellschaft zusammen entgegenstellen“, so MdB Breilmann im Anschluss in Berlin. (Bild: Privat)

Heizungsgesetz: Bärendienst für den Klimaschutz

Der Bundestag hat am Freitag mit Ampel-Mehrheit das umstrittene Gebäudeenergiegesetz beschlossen. Im Eilverfahren hatte das Bundesverfassungsgericht am 5. Juli 2023 verhindert, dass das Heizungsgesetz schon vor der Sommerpause im Bundestag zur Abstimmung gestellt werden konnte. Die Ampel hatte daraus nichts gelernt: Der Gesetzentwurf stand in unveränderter Fassung zur Abstimmung. Die Koalition hat das Gesetz mit ihrer Stimmenmehrheit gegen die überwältigende Mehrheitsmeinung in der Fachwelt und der Bevölkerung verabschiedet. Das von der Union in dieser Woche durchgeführte Fachgespräch verdeutlichte, dass das Heizungsgesetz der Ampel ein sozial ungerechtes und nicht praxistaugliches Regelwerk ohne bezifferbaren klimapolitischen Mehrwert ist. „Wir lehnen das Gesetz ab und werden es bei Regierungsübernahme zurücknehmen. Wir wollen Anreize schaffen, Technologieoffenheit gewährleisten und setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente“, so Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 35 der 20. Wahlperiode

08. September 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler